AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

Vom 9. August 2021 Prot.-Nr. 214

Auftrag Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Politische Berichterstattung für alle/Beantwortung

Am 24. Juni hat Luc Nünlist (SP/JSP) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament einen Beschlussesantrag vorzulegen, mit welchem der Auftrag des amtlichen Publikationsorgans «Stadtanzeiger» um politische Berichterstattung zu Parlamentssessionen und Stadtratssitzungen u.Ä. ergänzt werden kann.

Begründung:

Im amtlichen Publikationsorgan Stadtanzeiger publiziert die Stadt Olten, politische Parteien inserieren, Vereine und Veranstalter*innen haben eine Plattform für ihre Ankündigungen und Werbeflächen.

Der Stadtanzeiger wird in der Region gedruckt und in jeden Haushalt verteilt. Ohne eine Konkurrenz für die Lokalpresse sein zu wollen, wäre es wünschenswert und mit geringen Mitteln umsetzbar, den Oltner*innen ein umfangreiches politisches Informationsangebot zu bieten, das frei Haus für alle zugänglich gemacht werden kann.

Gerade in der Ausgabe vom 24.6.2021 beispielsweise wurden politische Themen abgedeckt, die die Stadt schon länger bewegen (SIP) oder gerade eingereicht wurden (Stadtmelde-App). Eine derartige Berichterstattung ist ein Service public, den sich die Stadt leisten kann. Der Stadtanzeiger kommt dieser Funktion bereits nach. Dass eine ausgewogene und breite Berichterstattung möglich ist, muss die Finanzierung auch geprüft werden.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Wie der Verfasser des Auftrags schreibt, ist der Stadtanzeiger, der an alle Oltner Haushaltungen verteilt wird, das Publikationsorgan, in dem die offizielle Stadt Olten ihre amtlichen Publikationen (Referenden, Wahlanzeigen, Bauausschreibungen, Traktandenliste der Parlamentssitzungen, Verkehrsmassnahmen) sowie eigene Veranstaltungen von allgemeinem Interesse inseriert. Zudem publiziert der Stadtanzeiger die Medienmitteilungen des Stadtrates und der Stadtverwaltung, welche die Informationsstelle regelmässig veröffentlicht. Dazu gehören auch Mitteilungen zu Geschäften, die im Stadtrat und/oder im Parlament behandelt werden. Unabhängig davon veröffentlicht der Stadtanzeiger auch Einsendungen der politischen Parteien zu diesen und anderen Themen.

Aus dem Auftrag geht nicht hervor, wie sich der Verfasser eine Ausdehnung dieses Angebots vorstellt: ob die Stadt Olten den Stadtanzeiger finanziell unterstützen soll, damit dieser eine Person beschäftigt, welche Berichterstattungen über die erwähnten Gremien verfasst; oder ob es darum geht, auf Seiten der Stadtverwaltung eine Person anzustellen, welche zusätzliche Berichte aus Stadtrat und Parlament verfasst.

Bei einer finanziellen Unterstützung des Stadtanzeigers zwecks Finanzierung einer «objektiven» politischen Berichterstattung müsste sich die Stadt den Vorwurf der ungerechtfertigten Einflussnahme auf ein Printmedium gefallen lassen. Auf der anderen Seite

würde der Stadtanzeiger seine objektive Unabhängigkeit aufgeben und schon deshalb nicht auf ein entsprechendes Angebot eingehen wollen. Eine Prüfung der Zulässigkeit eines solchen Engagements im Hinblick auf das verfassungsmässige Gebot der Medienfreiheit (Art. 17 BV) wäre zudem ebenfalls notwendig. Fest steht, dass die Berichterstattung mit den bestehenden Ressourcen auf Seiten der Stadtverwaltung nicht ausgebaut werden kann. Ein Aufbau von zusätzlichen Stellenprozenten im Bereich Kommunikation hingegen sollte nach Ansicht des Stadtrates nicht einseitig zugunsten eines einzelnen Produktes erfolgen, sondern müsste allen Medien und allen Kanälen dienen.

Der Stadtrat ist daher der Ansicht, dass er die bisherige Praxis weiterführen will, und prüft allenfalls einen Ausbau der Kapazitäten im gesamten Kommunikationsbereich. Die politischen Parteien sind aufgefordert, die Medien ihrerseits mit ihren Veröffentlichungen zu beliefern. Der Stadtrat empfiehlt in diesem Sinne, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

Mitteilung an:
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktionsleiter entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

